Agitations- und Interessentenpolitik zugunsten einer sachlichen, staatspolitischen Arbeit loslösen? Einen ersten Versuch dazu hat interessanterweise der Reichstag selbst unternommen, als er 1931 der Flut unverantwortlicher Agitationsanträge durch die Bestimmung entgegenzuwirken versuchte, daß Anträge auf Bewilligung neuer Ausgaben von einem Deckungsvorschlag begleitet sein müßten. Leider vergeblich, denn um die Deckungsvorschläge waren gerade die Urheber der unverantwortlichsten Agitationsanträge am allerwenigsten verlegen. Nun veröffentlicht der Vizepräsident des letzten Reichstages, Rauch, der der gewiß nicht parlamentsfeindlichen Bayrischen Volkspartei angehört, einen Vorschlag, der bereits in Schweden verwirklicht worden ist und der dahingeht, die wichtigsten Entscheidungen des Parlaments in geheimer Abstimmung zu treffen. Er verspricht sich erst davon die Verwirklichung des Grundsatzes, daß Abgeordnete nicht Vertreter von Interessentengruppen, sondern Vertreter des gesamten Volkes sein sollen, die lediglich ihrem Gewissen unterworfen sind. Es würde dadurch nach Rauch das beliebte Mittel einer verwilderten Parteidemagogie versagen, in Zukunft Abgeordnete und Parteien, die sich nicht dem Parteivorteil, sondern in erster Linie ihrem Staatsgewissen verantwortlich fühlen, wegen ihrer Abstimmung für Staatsnotwendigkeiten in der Oeffentlichkeit anzunageln und bei kurzsichtigen Interessentenkreisen zu brandmarken. Gebrochen würde dann allerdings auch das Druckmittel des Fraktionszwanges, das der Parteiapparat gegen widerstrebende Abgeordnete anwenden kann. Selbst die Parlamentsreden würden wieder mehr Sinn bekommen, weil sie weniger wie bisher zum Fenster hinaus gehalten würden, dafür aber um so mehr dem Zweck dienen müßten, in sachlicher Beweisführung den Gegner zu überzeugen. An Stelle der Fraktionsmeinungen würden wieder die politischen Köpfe treten, das Niveau des Parlaments, das nach außen wieder als stärker geschlossene Körperschaft aufträte, würde wieder gehoben werden. Natürlich bietet die geheime Abstimmung auch die Möglichkeit, sich in manchen Fällen feige in die Anonymität zu flüchten. Sie kann in wirklich entscheidenden Dingen innerhalb der einzelnen Fraktionen durch Mehrheitsbeschluß gebrochen werden. Wenn die geheime Abstimmung aber mit der Verpflichtung für den einzelnen Abgeordneten verbunden würde, seine Entscheidung wirklich geheimzuhalten, könnte sie in besonderen Fällen, wie der Abstimmung über Anträge auf Neuausgaben, von größtem Nutzen für die Allgemeinheit und für das Parlament selbst sein.

Aber bereits die Beurteilung des Reformvorschlages von Rauch zeigt, daß die Hauptursache der Entartung des Parlamentarismus die Vormachtstellung der Parteibürokratien ist. Sie zu mildern, ist das eigentliche Kernproblem. Sie kann aber nicht allein durch eine Parlamentsreform, sondern nur durch eine Wahlreform auf ein erträgliches Maß zurückgeführt werden. Auch an ihr trägt die Ueberspitzung des demokratischen Systems in Deutschland die Hauptverantwortung. Denn das Listenwahlsystem der Weimarer Verfassung mit seinen großen Wahlkreisen hat zu einer völligen Entpersönlichung des Wahlaktes geführt. Der Wähler ist nicht mehr in der Lage, Männer zu wählen, deren Charakter, Wissen und Leistungen er schätzt, sondern er muß sich für eine Liste entscheiden, mit einer Folge von Namen, deren Träger er bei der Größe der Wahlkreise gar nicht kennen kann, ja, von der er nicht einmal weiß, welcher Persönlichkeit nun seine Stimme noch zugute kommt. Auf die Auswahl der Männer, die er wählt, hat er nicht den geringsten Einfluß. Auch dann nicht, wenn er Mitglied einer Partei ist. Die Entscheidung darüber fällt in fast allen Fällen ein kleiner Kreis von Persönlichkeiten, der den Parteiapparat beherrscht, die sogenannte Parteibürokratie. Sie entscheidet über die Auswahl und Reihenfolge der Kandidaten. Die naturnotwendige Folge davon ist, daß nur solche Persönlichkeiten Aussichten auf Mandate haben, die sich in ein gutes Verhältnis zu den entscheidenden Männern ihrer Partei zu setzen wußten und es verstehen, sich im Verlauf ihrer parlamentarischen Tätigkeit die Gunst ihrer Parteibürokratie auch zu erhalten. Dieser Umstand vergrößert die Macht der Bürokratie in allen Parteien ins Riesengroße und macht sie zu dem beherrschenden Faktor in den Parlamenten. Die Folge davon aber ist eine fühlbare Verarmung unserer Parlamente an führenden politischen Persönlichkeiten, weil unabhängige Charaktere allzu leicht in Gegensatz zu ihren Parteibürokratien geraten oder lieber auf eine parlamentarische Tätigkeit völlig verzichten. Mittels der Parteibürokratien aber wirken die Interessentengruppen, von denen viele Parteien wiederum finanziell abhängen, auf die Parlamente und auf ihre Zusammensetzung ein. Die Macht des anonymen Parteiapparates zu brechen und dem Persönlichkeitsgedanken zum Siege zu verhelfen, das muß deshalb der Kernpunkt jeder vernünftigen Wahlreform sein. Das kann nur geschehen entweder durch die Rückkehr zu einem Wahlsystem, wie wir es vor dem Kriege in Deutschland kannten, wie es in England und Frankreich heute noch üblich ist, dem sogenannten „Ein-Mann-Wahlkreissystem", das für jeden Wahlkreis nur einen Abgeordneten vorsieht, oder durch starke Verkleinerung der Wahlkreise, Abschaffung der Reichslisten und Verrechnung der Reststimmen auf die Wahlkreisverbände. Auf diese Weise läßt sich sogar das „Ein-Mann-Wahlkreissystem" durchaus mit dem Verhältniswahlsystem verbinden, gemäß dem Grundsatz, daß nicht die Parteibürokratie, sondern der Wähler selbst entscheiden soll, welcher der von seiner Partei vorgeschlagenen Persönlichkeiten er seine Stimme geben will. Ein wesentlicher Teil der Schwierigkeiten unserer Parlamente wäre beseitigt, wenn sich der Persönlichkeitsgedanke wieder gegenüber dem seelenlosen Wahlmechanismus der Parteien durchsetzen könnte. Demgegenüber spielen Fragen, wie die Erhöhung des Wahlalters oder das Problem der Zusatzstimmen für Familienväter und Kriegsteilnehmer, die ja an den wesentlichen Uebeln unseres gegenwärtigen Parlamentsbetriebes nichts ändern könnten, nur eine Rolle zweiten Ranges.

Das Comité des Forges als Hauptgegner der Abrüstung

Von unserem Pariser Korrespondenten

Paris, im November

Der französische Abrüstungsplan, wie er nun im Wortlaut vorliegt, zeigt jedem Einsichtigen, daß Frankreich damit nur eine wirkliche Abrüstung ebenso wie die deutsche Gleichberechtigung verhindern und die Abrüstungskonferenz ins Unendliche verschleppen will. Keine Partei in Frankreich, nicht einmal die sozialistische, lehnt sich gegen diesen sogenannten Abrüstungsplan auf, denn über und hinter allen Parteien, hinter allen Regierungen, mögen sie rechts oder links sein, Tardieu oder Herriot heißen, wirkt unsichtbar aber um so mächtiger

der Gegner, dem jede Abrüstung das Existenzrecht rauben würde, das Comité des Forges.

Das schon manchmal erwähnte Wort Briands, das er eines Tages in Genf gesprochen hat, „die Federn vieler französischer Journalisten seien leider aus demselben Stahl hergestellt wie die Kanonen", weist, wenn man den Federn der Journalisten die Zungen zahlreicher Parlamentarier und Regierungsleute in Frankreich gleichstellt, nach der Richtung, in der sich die Wirkung des Comité des Forges in Paris wie in Genf und weithin in der ganzen Welt geltend macht.

Das Comité des Forges de France (Komitee der französischen Eisenwerke) hat seinen Sitz in der Rue de Madrid in Paris. Seine Aufgabe ist nach seinen Statuten das „Studium und die Vertretung der wirtschaftlichen industriellen und Handelsinteressen der französischen Schwerindustrie". Der sogenannte Direktionsausschuß hat „die ausgedehntesten Vollmachten". Dem Komitee gehören zur Zeit

240 Unternehmungen in der Metallindustrie

an. Das nominelle Aktienkapital dieser Unternehmungen ist ungefähr 7½ Milliarden Franken. In Wirklichkeit beträgt zusammen mit geheimen Reserven, Emmissionsprämien usw. das Kapital der Mitglieder etwa 38 Milliarden Franken. Ein Ableger des Comité des Forges ist die Union der metallurgischen Bergwerks- und angeschlossenen Industrien. Mitglieder der Union sind etwa 150 Syndikate. Die wirtschaftlich und finanziell mächtigsten Persönlichkeiten Frankreichs sind Mitglieder des Comité des Forges (30) und der Union (19).

An der Spitze steht François de Wendel,

der gleichzeitig Abgeordneter ist und Regent der Bank von Frankreich, außerdem Vorsitzender und Verwaltungsratsmitglied von einem Dutzend Gesellschaften der Eisen-, Bergwerks-, Elektrizitäts-, Verkehrs- usw. Industrien. Vizepräsident ist als Vertreter der Stahl- und Hüttenwerke von Longwy A. Dreux. Die Mitglieder des Direktionsausschusses leiten gleichzeitig die sechs Regionalausschüsse für die Loire, den Norden, den Osten, Elsaß-Lothringen und die Champagne. Von der nach der französischen amtlichen Statistik im Jahre 1931 in der Industrie beschäftigten Bevölkerung von 7 200 000 Köpfen ist der fünfte Teil, nämlich rund anderthalb Millionen Köpfe, in den von dem Comité des Forges abhängigen Industrien beschäftigt. Nach den eigenen Angaben des Comité des Forges ist

Frankreich jetzt als Eisen- und Stahlerzeuger an die zweite Stelle in der Welt gerückt

und kommt unmittelbar hinter den USA. Deutschlands Eisenerzeugung betrug 1913 in Millionen Tonnen 19 000, 1931 6050. Frankreichs Eisenerzeugung ist von 5207 in 1913 auf 8217 in 1931 gestiegen. In der Stahlerzeugung, ebenfalls in Millionen Tonnen, ist Deutschland von 18 632 in 1913 auf 8380 in 1931 gefallen, Frankreich für dieselben Jahre von 4687 auf 7087 gestiegen. Die im Comité des Forges zusammengefaßte französische Industrie hat nach den für 1927 vorliegenden Angaben ihren Umsatz gegen die Vorkriegszeit um 50 Prozent erhöht. In der Zeit von 1926 bis 1930 hat die französische Metallindustrie für nahezu acht Milliarden Obligationen und Aktien auf dem französischen Markt untergebracht. Frankreich ist bekanntlich arm an Kohle und hat für seine Schwerindustrie nicht genügend Koks. Daher schon vor dem Krieg der erbitterte Kampf des Comité des Forges gegen die Gruben des Ruhrgebietes. Durch den Sieg im Weltkrieg hat, auch abgesehen von den Saargruben, Frankreich sich

einen weitreichenden Kohlenbesitz gesichert.

Außer seinen Gruben in Frankreich besitzt de Wendel jetzt das Werk Oranien-Nassau in Holland und die Friedrich-Heinrich-Gruben in Hamm. Schneider Creusot besitzt die gewaltigen Gruben von Durham in England und die Hälfte von Carolus Magnus in Deutschland, Beeringen und Limburg in Belgien, und gewaltige Anteile an den staatlichen Gruben in dem geraubten polnischen Oberschlesien. Der größte Stahl- und Eisenindustrielle in Frankreich ist de Wendel mit 26 Hochöfen; er ist zugleich der erste Mann im sogenannten Becken von Briey. Die Gesellschaft „Marine und Homécourt", Kanonenfabrik, kontrolliert unter dem Namen Hadir die Werke im Saargebiet und Luxemburg. Sie erzeugt im Jahre, nach Angabe der „Journée Industrielle", ungefähr drei Millionen Tonnen Stahl. In dem sogenannten „Comptoir des Fontes" sind elf der größten Stahlerzeuger aus dem Comité des Forges organisiert. Sie kontrollieren 90 Prozent der französischen Stahlerzeugung. Schneider kontrolliert im Ausland den belgisch-luxemburgischen Konzern „Arbet" mit zwei Millionen Tonnen Stahlerzeugung im Jahr, die Skoda-Werke und die Metallurgische Union in der Tschechoslowakei, die „Huta Bankowa" in Polen und andere Werke in Ungarn, Jugoslawien und Rumänien. Die durch die Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich für Deutschland verlorenen machtvollen Werke der Schwerindustrie in Lothringen haben Schneider, de Wendel und andere weit unter ihrem wirklichen Wert, sozusagen

um ein Butterbrot vom französischen Staat erworben.

Ueber die Verteilung dieser Lothringischen Beute an die Mitglieder des Comité des Forges unterrichtet ausführlich der Elsässer Henri Laufenburger in seiner Schrift „Die Eisenindustrie des zurückgegebenen Lothringens", Straßburg, 1924.

Es ergibt sich ganz von selbst, daß diese gewaltige Industrie die Haupterzeugerin von Kriegsmaterial ist und somit von einer ernsthaften Abrüstung Frankreichs und der Welt schwer getroffen würde. Die vor rund 100 Jahren aus dem Saargebiet eingewanderten Gebrüder Schneider haben aus der kleinen Stadt Creusot, die allerdings schon Frankreichs Königen, den Revolutionsregierungen und Napoleon Waffen geliefert hatte, das gewaltigste Arsenal der französischen Armee und Marine gemacht. Die 30 000 Einwohner von Creusot sind fast ausschließlich Arbeiter und Angestellte der Schneider-Creusot-Werke. Von Anfang an hat die Familie Schneider begriffen, daß man in Creusot zwar Waffen schmieden kann, aber daß die Aufträge dazu in Paris gegeben werden. Einer der Begründer ließ sich daher schon in die französische Kammer wählen und wurde im Jahre 1868 im zweiten Kaiserreich Minister. Im Jahre 1874 setzte er im Parlament die Annahme eines Gesetzes, das die Waffenausfuhr aus Frankreich freigab, durch. Zwischen 1885 und 1900 fabrizierten die Creusot-Werke 10 000, zwischen 1910 und 1914 34 500 Kanonen. Der Bürgermeister von Creusot, ebenso wie der Abgeordnete des Gebietes sind Kreaturen von Schneider.

Im Durchschnitt verlassen täglich fünfzig Züge mit 7000 Tonnen Kriegsmaterial die Station Creusot.

Die Schiffswerften von Châlons-sur-Saône und von Bordeaux gehören ebenfalls Schneider-Creusot. Sie bauen Kreuzer und Panzerschiffe, die Schneiderschen Werften in Creux-St. George bei Toulon Torpedo- und Unterseeboote, die Fabriken in Hères an der Riviera Torpedos. Eine Instrumentenfabrik in Paris, ebenfalls Schneider gehörig, stellt die Präzisionsapparate für die Marine und die Artillerie her. Außerdem ist Schneider beteiligt in Kohlenbergwerken, in Elektrizitätswerken, chemischen Fabriken, Automobil- und Lokomotivfabriken. Er ist der Hauptunternehmer beim Neubau des Hafens in Casablanca und beim Bau der gewaltigen Festungswerke Frankreichs an seiner Grenze gegen Deutschland und Italien, die nahezu fertiggestellt sind. Schneider ist im Verwaltungsrat von drei Versicherungsgesellschaften, von einem Dutzend Banken; als Mitglied des im Jahre 1911 gegründeten Comité des Forges zusammen mit de Wendel kontrolliert er direkt die Bank de l'Union Parisienne, die Bank des Pays du Nord und die Französisch-Japanische Bank. Durch Vermittlung dieser Banken und die Banque de France sind die großen französischen Auslandsanleihen, die im letzten Grund fast ausschließlich Rüstungsanleihen waren, lanciert worden, d. h.

daß Geld hat zum größten Teil Frankreich gar nicht verlassen, sondern es ist in die Taschen der Mitglieder des Comité des Forges geflossen,

die dafür Kriegsmaterial an die Tschechoslowakei, Polen, Rumänien, Serbien, auch Ungarn usw. lieferten. Schneider hat den rein militärischen Bahnbau Kattowitz—Gdingen finanziert, zu dessen Vollendung der französische Geldmarkt jetzt aber wenig Lust mehr zeigt. Die vom französischen Parlament einstimmig bewilligte Anleihe für die Tschechoslowakei im Betrage von 600 Millionen Franken diente zu einem guten Teil dazu, Schneider seinen Anteil an den Skodawerken zurückzuzahlen. Für diese Anleihe stimmten damals auch die französischen Genossen unter Führung Blums. Es ist selbstverständlich, daß die indirekten Einflüsse dieser fünfzig mächtigsten Männer Frankreichs, die das Comité des Forges und die Union ausmachen, sich in der Stille und in aller Diskretion vollziehen. Die Hauptkanäle, durch die der Einfluß auf die Entschließungen der französischen Regierung und der hohen Politik ausgeübt wird, sind

die Zeitungen und das Parlament.

Die unbestritten der Kontrolle des Comité des Forges unterstehenden Zeitungen sind „Journal des Débats", „Temps" und „L'Ordre". Wie in anderer Weise die großen Tagesblätter, die Revuen und durch sie die ganze öffentliche Meinung mit Hilfe von Sonderberichten aus allen Ländern und mit Hilfe des allmächtigen Goldes beeinflußt werden, weiß jeder, der hinter die Kulissen des Pariser Zeitungswesens einen Blick getan hat. Das sogenannte „Bulletin Quotidien" und die „L'Observation Economique" sind unfehlbare Werkzeuge, durch die die französische Presse den Plänen des Comité des Forges dienstbar gemacht wird. Da man heute nicht wie vor dem Krieg die öffentliche Meinung in Frankreich durch den Hinweis auf die Leistungen des seit Versailles totgemachten mächtigsten europäischen Konkurrenten Krupp oder auf irgendeine Kaiserrede vom trockenen Pulver in Erregung versetzen kann, so jagt man den Ersatzkreuzer „Deutschland" als ein schreckhaftes Gespensterschiff jahrelang auf den Lügenwellen der Presse und neuerdings auch des Rundfunks umher. Man erzählt von den geheimen deutschen Rüstungsfabriken in Holland, Schweden und Rußland,

man erfindet alle die Lügen von den geheimen Rüstungen der Reichswehr, der Schupo usw.

Jedesmal, wenn eine gewaltige Pressefehde dieser Art anhebt, oder wenn im Halbmondsaal des Palais Bourbon der Teufel der deutschen Gefahr an die Wand gemalt wird, oder wenn in der Abrüstungskonferenz der französische Völkerbundsdelegierte Massigli die unverschämten Lügen von den Felddienstübungen der Schupo einem erstaunten Weltauditorium auftischt, so darf man gewiß sein, daß der vergoldete Stahl des Comité des Forges die Federn und Zungen wieder in Bewegung gesetzt hat. Zur Zeit Tardieus, dessen enge Beziehungen zum Comité des Forges ebensowenig ein Geheimnis sind wie die des französischen Botschafters in Berlin, François Poncet, soll es nach „La Lumière" besonders der Marineminister Dumont gewesen sein, der die Interessen Schneiders und des Comité des Forges in der französischen Völkerbundsdelegation wahrnahm. Daß die große Bank Crédit Lyonnais, die sehr stark in der Metallindustrie interessiert ist, Herriot unterstützt, ist auch niemandem verborgen. Die von uns seit Jahren vertretene Auffassung, daß

jeder Regierungswechsel in Frankreich nur ein Wechsel der Etikette

ist, und daß unter dem Mißbrauch des schönen Wortes „Sicherheit" jede Regierung, ob rechts oder links, der französischen Rüstungsindustrie und dem Einfluß des Comité des Forges verhaftet bleibt, ist durch die Handlungen des Kabinetts Herriot in den sechs Monaten seiner bisherigen Regierung reichlich bestätigt worden. Vereinzelte Versuche der französischen Linksparteien, die Rüstungsindustrie zu verstaatlichen, alle Versuche im Völkerbund in den Jahren 1924, 1925, 1929 und 1931, nach derselben Richtung mit dem Zweck einer Kontrolle der Rüstungsindustrie, sind vollvollkommen erfolglos geblieben. Der Schluß von Artikel 8 der Völkerbundssatzungen, die den Teil I des Versailler Vertrages bilden, lautet: „Mit Rücksicht auf die schweren Bedenken gegen die private Herstellung von Munition oder Kriegsgerät beauftragen die Bundesmitglieder den Rat, auf Mittel gegen die daraus entspringenden schlimmen Folgen Bedacht zu nehmen, und zwar unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Bundesmitglieder, die nicht in der Lage sind, selbst die für ihre Sicherheit erforderlichen Mengen an Munition und Kriegsgerät herzustellen." Dieser Teil ist in zwölf Jahren der Völkerbundskomödie ebenso unerfüllt geblieben, wie der erste Teil desselben Artikels 8, der ebenso wie die Einleitung zu Teil V des Vertrages, den Völkerbundsmächten die allgemeine Abrüstung zur Pflicht macht.

fol..

Amtliche Statistik der Parteienbewegung

Berlin, 21. Nov. Das Ergebnis der Reichstagswahl vom 6. November ist jetzt der ersten amtlichen Untersuchung unterzogen worden, und zwar durch den Sachverständigen für Wahlfragen im Reichsministerium des Innern, den Ministerialrat Dr. Kaisenberg. In den Mitteilungen der Reichszentrale für Heimatdienst unterzieht er jetzt das Wahlergebnis einer kritischen Würdigung. Er untersucht dabei u. a. die Zu- und Abnahme der Parteien und stellt die geringere Wahlbeteiligung gegenüber der Juliwahl in Rechnung. Verfährt man in dieser Weise, betont Dr. Kaisenberg, so zeigt sich, daß auf das ganze Reichsgebiet, umgerechnet an Stimmen, die Nationalsozialisten 11,5 v. H., die Sozialdemokraten 5,6 v. H., das Zentrum 4,9 v. H. und die Bayrische Volkspartei 2,9 v. H. verloren haben, während die Kommunisten 16,6 v. H. und die Deutschnationalen 47,5 v. H. gewonnen haben.

Eine Unterredung zwischen Hindenburg und Papen

Berlin, 21. Nov. Wie erst jetzt bekannt wird, hat am Sonntagvormittag zwischen dem Reichspräsidenten von Hindenburg und dem Reichskanzler von Papen eine längere Unterredung stattgefunden.

Der Bullerjahnprozeß

Leipzig, 21. November. Im Bullerjahnprozeß wurde die Vernehmung des Zeugen v. Gontard fortgesetzt, ohne daß wesentlich neue Momente zur Sprache kamen. Reichsanwalt Dr. Nagel gab die Erklärung ab, die Reichsanwaltschaft habe vor der ersten Hauptverhandlung gegen Bullerjahn auf die Vernehmung Herrn v. Gontards gedrungen. Es sei jedoch damals amtlich mitgeteilt worden, daß auf Grund von außenpolitischen Erwägungen der zuständigen Reichsministerien der Name der bis dahin in den Akten nicht genannten Auskunftsperson dem Reichsgericht nicht mitgeteilt werden könne.